

**Wahlprogramm
zur Abgeordnetenhauswahl 1981
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Berlin**

„Die Politik der Liberalen“

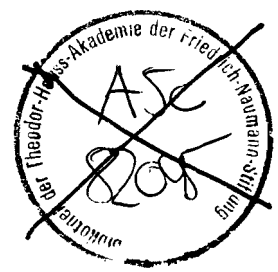
(Beschlossen auf dem Landesparteitag
in Berlin am 18. März 1981)

DIE POLITIK DER LIBERALEN

Die Forderungen der F.D.P. für die Wahl am 10. Mai 1981



D2-831



DIE POLITIK DER LIBERALEN

Die Forderungen der F.D.P. für die Wahl am 10. Mai 1981

(beschlossen auf dem 38. Landesparteitag der Berliner F.D.P. am 18. März 1981)

Inhaltsverzeichnis

Präambel	Seite 5
Mietpreisbindung	Seite 5
Geschäftsraummieten	Seite 5
Instandsetzung	Seite 6
Stadtsanierung	Seite 6
Hausbesetzungen	Seite 7
Sozialer Wohnungsbau	Seite 7
Sonstige öffentlich geförderte Wohnungen	Seite 8
Mietermitbestimmung	Seite 8
Verkehr	Seite 8
Umwelt	Seite 9
Gesundheit	Seite 10
Kinder, Jugend und Familie	Seite 10
Schule	Seite 11
Hochschule	Seite 12
Kultur	Seite 12
Sport	Seite 13
Hörfunk und Fernsehen	Seite 13
Innenpolitik	Seite 13
Bezirke	Seite 14
Wirtschaftspolitik	Seite 14
Arbeitsplatzgestaltung	Seite 15
Ausländer	Seite 15
Gleichberechtigung	Seite 16
Homosexuelle	Seite 16
Deutschlandpolitik	Seite 17
Ältere Mitbürger	Seite 18
Behinderte	Seite 18
Berufstätige Mütter	Seite 18
Koalitionsaussage	Seite 18



Die Politik der Liberalen – Die Forderungen der F.D.P. für die Wahl am 10. Mai

Die Politik der Liberalen orientiert sich an dem Ziel der Selbstbestimmung sowie am Vorrang von Eigeninitiativen vor staatlicher oder gesellschaftlicher Bevormundung.

Eigeninitiativen von Bürgern in den verschiedensten Lebensbereichen werden allzuoft eingeschränkt und unterdrückt. Ihnen muß jedoch in Zukunft mehr Raum und Freiheit gewährt werden.

Soziale und kulturelle Aufgaben sind, wo immer möglich, von freien Trägern und weniger vom Staat und seinen Behörden wahrzunehmen.

Gerade die junge Generation muß die Freiheit erhalten, ihre eigene Lebensform zu entwickeln. Formen des alternativen Lebens und Arbeitens sind unter diesen Gesichtspunkten ernstzunehmen und nach Möglichkeit zu unterstützen.

Die Vertragspolitik zwischen beiden deutschen Staaten unter Einschluß Berlins muß fortgesetzt werden. Sie erfordert auch bei Schwierigkeiten den Willen zur konstruktiven und kontinuierlichen Weiterentwicklung der Zusammenarbeit. Das Reden von der Einheit der Nation genügt nicht als Ersatz für konkrete Politik.

Mietpreisbindung

Die F.D.P. tritt für die Fortgeltung der Mietpreisbindung über den vorgesehenen Zeitpunkt hinaus und gegen die Einführung des Weißen Kreises in Berlin ein. Die Voraussetzungen für eine marktwirtschaftliche Gestaltung der Berliner Altbauwohnungen liegen nicht vor. Die F.D.P. hat ihre Entscheidung gegen den Weißen Kreis zu einem Zeitpunkt getroffen, als noch keine Neuwahlen in Sicht waren. Heute fordert die F.D.P.:

- Die Fortdauer der Mietpreisbindung allein kann die aufgetretenen Mißstände nicht beseitigen. Nur durch ein umfassendes wohnungspolitisches Konzept können Verwahrlosung, ungerechtfertigter Wohnungsleerstand, Kahlschlagabriß und die spekulative Umgehung der Preisbindung durch Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen überwunden werden.
- Fehlbelegung von Altbauwohnungen muß durch die Wiedereinführung der Möglichkeit des Wohnungstausches ohne Zustimmung der Vermieter vermieden und behoben werden.
- Die Eigeninitiative der Mieter ist zu fördern. Dies macht erforderlich, daß der Mieter in die Lage versetzt wird, auch ohne Zustimmung des Vermieters auf eigene Kosten wertverbessernde Maßnahmen in seiner Wohnung durchzuführen. Es ist sicherzustellen, daß dem Mieter der Zeitwert der investierten Beträge auch im Falle eines Auszugs aus der Wohnung erhalten bleibt. Die von einem Mieter zur Wohnungsverbesserung investierten Beträge sind als steuerlich absetzbare Sonderbelastungen anzuerkennen. Es ist sicherzustellen, daß der Mieter, gestaffelt nach dem Wert der Investition, einen befristeten uneingeschränkten Kündigungsschutz erhält.

Geschäftsraummiets

Unzumutbare Mietsteigerungen von Gewerberäumen haben bereits zu bedrohlichen „Verslummungserscheinungen“ (z. B. am Kurfürstendamm) geführt und bedrohen die Existenz von klein- und mittelständischen Betrieben. Daher wird sich die Berliner

F.D.P. auf Bundesebene für folgendes einsetzen:

- Auch die Kündigung von Mietverträgen über Gewerberäume darf nur unter besonderen Voraussetzungen möglich sein.
- Es ist sicherzustellen, daß eine Kündigung zur Durchsetzung einer Mieterhöhung unzulässig und unwirksam ist.
- Auch bei Gewerberäumen darf eine Mieterhöhung nur bis zur Höhe der ortsüblichen Vergleichsmiete zulässig sein.

Instandsetzung

Instandsetzung und Modernisierung von Altbauwohnungen sind zwei gleichrangige Aufgaben bei der Sicherstellung der Dauernutzung dieser Wohnungen. Dabei darf die Vergabe öffentlicher Mittel nicht auf Dauer den Grundsatz verdrängen, daß die Erhaltung der Altbausubstanz im wesentlichen aus dem Aufkommen der Mieter sicherzustellen ist. Hierzu bedarf es umfassender und wirksamer Maßnahmen, die die Verwendung eines angemessenen Teils der Mieteinnahmen zur Instandhaltung der Häuser garantieren. Deshalb sagt die F.D.P.:

- Es ist primär eine staatliche Aufgabe, dafür zu sorgen, daß Mißstände auf dem Gebiet des Wohnungswesens beseitigt werden.
- Die Mieter sind wirksam an der Verwendung der vom Vermieter für Instandhaltung und Modernisierung zu bildenden Rücklagen zu beteiligen, um Verwahrlosung, nicht gerechtfertigten Wohnungsleerstand und spekulative Übermodernisierung zu verhindern. Die Einrichtung eines Wohnungs-TÜV ist ein sinnvoller Weg.
- Modernisierungsmaßnahmen müssen einer sozialen Dringlichkeit folgen. Solange noch zehntausende Wohnungen weder Innentoilette noch Bad haben, sind Luxusmodernisierungen nicht vertretbar. Jedenfalls müssen sich die öffentlichen Förderungen nach dieser Dringlichkeit richten.
- Dachgeschosse müssen verstärkt ausgebaut werden. Entsprechende Anträge dürfen nicht durch kostentreibende und sachlich nicht gebotene Auflagen verhindert werden. Die Schaffung von Wohnungseigentum in den ausgebauten Dachgeschossen unter Aufrechterhaltung des Miethauscharakters im übrigen kann notwendiges Kapital von Wohnungssuchenden für die Neuschaffung von Wohnraum freimachen und aus illegalen Abstandsgeschäften herausleiten.
- Wohnungen, die von der Bauaufsicht gesperrt wurden, sind vom Vermieter sofort instandzusetzen oder müssen im Wege der Ersatzvornahme bewohnbar gemacht werden. Staatlich befohlenen Leerstand darf es nicht mehr geben.

Stadtsanierung

Die Stadtsanierung hat bisher zu wenig die Interessen der Betroffenen berücksichtigt. Die Bürgerbeteiligung war der Verwaltung entweder zu unbequem oder sie hatte eine bloße Alibifunktion. Eine menschenwürdige und soziale Stadtpolitik kommt aber ohne wirksame Betroffenenbeteiligung nicht aus. Deshalb fordert die F.D.P.:

- Demokratisch gewählte Betroffenenvertretungen müssen selbst als Sanierungsträger tätig werden können (z. B. in Form von Genossenschaften). Hierfür sind die gesetzlichen und verwaltungsmäßigen Voraussetzungen zu schaffen. Gemeinnützige oder private Sanierungsträger arbeiten oft vom grünen Tisch aus und folgen zu leicht schematischen Überlegungen.

- Die Selbstgestaltung des Wohngebietes durch die Betroffenen ist keine Utopie, sondern ein wirksames Mittel zur Kostendämpfung von Sanierungsmaßnahmen, zur Erhaltung gewachsener Stadtstrukturen und trägt damit zur Zufriedenheit der in problematischen Wohngebieten lebenden Menschen bei.
- Besondere Bevölkerungsgruppen sind nicht nur bei Neubaumaßnahmen, sondern auch bei der Sanierung alter Stadtviertel besonders zu berücksichtigen und zu beteiligen: Ausländer mit ihren zum Teil großen Familien und anderen Wohngewohnheiten, Studenten, die sich auf ihr Studium konzentrieren und nicht ganze Semester mit Wohnungssuche und Nebentätigkeiten für übertriebene Mieten oder Abstandsleistungen verschwenden sollen, Behinderte, die auch in ihren gewohnten Stadtvierteln Wohnraum benötigen, der ihren Erschwernissen gerecht wird, Wohngemeinschaften von Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht einzeln leben wollen oder können.
- Die Vergabe von öffentlichen Mitteln durch die Wohnungsbaukreditanstalt an Sanierungsträger darf nur noch dann erfolgen, wenn eine ausreichende Berücksichtigung von Mehrzweckräumen, die dann als Jugendfreizeitheim, Familientreff, Seniorenfreizeitheim oder Kindertagesstätte je nach Bedarf genutzt werden können, in der Bauplanung nachgewiesen wurde.

Hausbesetzungen

Angesichts der auch vom Senat verschuldeten Wohnungsmisere in Berlin halten die Liberalen Hausbesetzungen für verständlich. Die F.D.P. strebt eine friedliche und demokratische Lösung des Konflikts um die Hausbesetzungen an. Die F.D.P. wird sich ferner dafür einsetzen, daß die von ihr angestrebte politische Lösung nicht durch Aktivitäten der Polizei und Staatsanwaltschaft unmöglich gemacht wird.

Sozialer Wohnungsbau

Der soziale Wohnungsbau droht ebenso wie der freifinanzierte Wohnungsbau an der Explosion der Bodenpreise und der Baukosten zum Stillstand zu kommen. Trotzdem muß eine nicht unerhebliche Neubautätigkeit den restlichen Wohnungsmangel beseitigen und den Ersatz für den trotz aller mit Vorrang zu betreibenden Instandsetzungs- und Sanierungsmaßnahmen fortfallenden Altbaubestand bereitstellen. Deshalb fordert die F.D.P.:

- Die Neubautätigkeit im sozialen Wohnungsbau wird sich in Zukunft verstärkt auf die Schließung von Baulücken in der Innenstadt und in den traditionellen Wohngebieten konzentrieren müssen. Dadurch werden die hohen Kosten für Infrastrukturmaßnahmen wie Straßenbau in neuen Stadtvierteln vermindert.
- Heute werden viele Sozialwohnungen von Menschen bewohnt, deren Einkommen längst erheblich über der Förderungsgrenze liegt. Die F.D.P. fordert für solche Fälle eine Fehlbelegungsabgabe, die für Zwecke des sozialen Wohnungsbaus wiederzuverwenden ist.
- Wohnberechtigungsscheine sollten nicht nur für Familien, sondern auch für jede andere Gruppe von Menschen, die zusammenleben wollen, erteilt werden können. Eine Benachteiligung neuer Formen menschlichen Zusammenlebens engt nicht nur den Freiheitsspielraum zahlreicher Menschen ein, sondern kann auch zu kostspieligen Fehlbelegungen führen. Statt viele Einpersonenhaushalte zu schaffen, sollte man die Menschen zusammenleben lassen.

- Auch Neubauten müssen instandgehalten werden, sonst droht in der Zukunft auch ihnen die Verwahrlosung. Deshalb muß der in der Miete enthaltene Anteil für Instandhaltungen tatsächlich zurückgelegt werden. Die Mieter müssen über die Verwendung dieser Instandhaltungsrücklage mitbestimmen können.
- Große Familien sollen die Möglichkeit erhalten, zwei nebeneinander liegende Wohnungen zu mieten, wenn eine ausreichende Wohnung nicht vorhanden ist.

Sonstige öffentlich geförderte Wohnungen

Die F.D.P. betrachtet die Mietenentwicklung im übrigen öffentlich geförderten Wohnungsbau (z. B. Annuitätzuschüsse) mit großer Sorge. Sie fordert dringend Maßnahmen, die der absehbaren katastrophalen Entwicklung entgegenwirken.

Mietermitbestimmung

Bei den Wohnungsbaugesellschaften, die vom Land Berlin beeinflußt werden, und bei den senatseigenen Häusern ist eine umfassende Mietermitbestimmung einzurichten. Dazu gehört eine Mietervertretung in den Aufsichtsgremien genauso wie ein Entscheidungsrecht über den Einsatz der Instandhaltungsmittel. Die Wohnungsbaugesellschaften, die dem Land Berlin gehören, sind langfristig in Genossenschaften umzuwandeln. Bei Gebäuden, die mit Steuergeldern gebaut oder modernisiert werden, müssen die betroffenen Mieter den Einsatz der Förderungsmittel kontrollieren können und bei weitergehenden Entscheidungen mitbestimmen.

Verkehr

Die F.D.P. tritt seit langem für eine vorrangige Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs ein. Sie sieht darin eine Chance, breitere Bevölkerungsschichten zum Umsteigen vom Auto auf die BVG zu bewegen. Ein Schritt dahin ist der auf Betreiben der F.D.P. gestoppte Ausbau der Autobahnen und der Schnellstraße B 101. Deshalb fordert die F.D.P.:

- Ende des Autobahnabzweiges Neukölln westlich der Haberecht-Siedlung.
- Punktuelle Verbesserung der Straßen zugunsten von Fußgängern und Radfahrern im Interesse der Verkehrssicherheit.
- Förderung des Fahrrades als umweltfreundliches Verkehrsmittel durch Schaffung eines Radwegenetzes, kurzfristig mit einfachen verkehrlichen Mitteln, vorrangig für Schulwegsicherung und zur Erreichung der Erholungsgebiete.
- In den Wohnvierteln ist der Verkehr den Bedürfnissen der dort lebenden Menschen unterzuordnen. Dazu gehört eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h in Wohnvierteln zum Schutz von Kindern und älteren Menschen vor Unfallgefahren. Weitere Schaffung von verkehrsberuhigten Gebieten.
- Ausbau des park-and-ride-Systems.
- Parkreservate für Anwohner im City-Bereich, stärkere Bewirtschaftung des Parkraumes durch Parkuhren und Parkscheiben.
- Reduzierung der Parkflächen im City-Bereich, damit vorhandene Parkhäuser besser genutzt werden.
- Keinen Ausbau der Avus zur modernen Rennstrecke, auch nicht mit Lottomitteln.

- Einbeziehung der S-Bahn in das Nahverkehrskonzept. Diese Zielsetzung bedeutet Verzicht auf Parallelplanungen zur S-Bahn beim Neubau von Verkehrslinien.
- Beschleunigung des Busverkehrs in den City-Bereichen durch ein Busspurennetz.
- Mitnahme von Fahrrädern in der U-Bahn auf Dauer und während des Berufsverkehrs.
- Familiengerechte Tarifpolitik bei der BVG. Kinder bis zu 12 Jahren sollen an Wochenenden und Feiertagen in Begleitung Erwachsener kostenlos fahren können.
- Die in Berlin bisher für den Straßenbau vorgesehenen Mittel müssen zugunsten des Ausbaus des Schnellbahnsystems und zur Verbesserung des Wohnumfeldes eingesetzt werden.
- Die Landrechte anderer als der alliierten Fluggesellschaften in Berlin-Tegel, sofern die DDR dem Überflug ihres Territoriums zustimmt.

Umwelt

Umweltschutz ist Menschenrecht. Für die Liberalen hat der Umweltschutz Verfassungsrang. So wie das Recht auf körperliche Unversehrtheit das Leben und die Gesundheit des Bürgers schützt, so schafft eine verantwortungsvolle Umweltpolitik für zukünftige Generationen eine ausreichende Lebensgrundlage. Eine sichere und mit den vorhandenen Ressourcen vorsichtig umgehende Energieversorgung ist notwendige Voraussetzung für die Erhaltung der Lebensfähigkeit Berlins. Deshalb fordert die F.D.P.:

- Schaffung einer „grünen Behörde“ für Natur und Umwelt, die alle mit Umwelt- und Naturschutz befaßten Abteilungen auf Landesebene zusammenfaßt.
- Aufstellung eines Umweltbelastungskatasters, um kritische Problemgebiete, insbesondere beim Lärmschutz und bei der Luftreinhaltung schneller zu erkennen, damit Umweltschutz bereits vorbeugend betrieben werden kann. Werden zulässige Schadstoffkonzentrationen in einem Gebiet überschritten, so ist dort Smogalarm auszulösen. In Wohnungen an stark lärmbelasteten Straßen sind Schallschutzfenster einzubauen. Der lärmintensive Motorbootverkehr wird eingeschränkt.
- Berlin und die Mark Brandenburg sind eine ökologische Einheit. Deshalb ist die Qualität der Berliner Gewässer auch unter Einbeziehung der DDR nachhaltig zu verbessern.
- Die Vermehrung des Stadtgrüns, die Begrünung von Fassaden und Dächern wird gefördert.
- Die getrennte Erfassung von Abfällen wird zur Schonung von Rohstoffen intensiviert. Mit einem Abfallwirtschaftsprogramm wird die Wiederverwertung und Weiterverwertung von Abfällen und die Abfallvermeidung gefördert.
- Die Verbandsklage für die nach dem Naturschutzgesetz zugelassenen Verbände wird eingeführt.
- Die Fernheizung aus Kraft-Wärmekopplung ist in den Gebieten, die durch einen hohen Hausbrandanteil extrem stark umweltbelastet sind, auszubauen. Kraftwerke, die große Schadstoffmengen ausstoßen und reine Heizwerke sind durch moderne Heizkraftwerke zu ersetzen.
- Zusammenfassung aller mit Energieversorgungsaufgaben befaßten Verwaltungsbereiche und Entwicklung einer Konzeption zur Schaffung eines Energieverbundunternehmens in Berlin. Die Einbindung Berlins in einen überregionalen Energieverbund ist voranzutreiben.

Gesundheit

Die Voraussetzung dafür ist eine wesentliche Verbesserung des Gesundheitswesens, ohne daß andererseits eine neue Kostenflut auf die Versicherten zukommt. Deshalb fordert die F.D.P.:

- In Kindergarten, Schule, Betrieb und Freizeit muß eine durchgehende Gesundheits-
erziehung eingeführt werden. Sie muß fachübergreifend und im Lehrplan verankert
sein. Mit Themen wie Krankheitslehre, Hygiene, körperliche Bewegung, gesunde Er-
nährung, Umweltschutz und Selbsthilfe bei Bagatellerkrankungen.
- Vor- und Nachsorge sind zu verbessern. Hierzu gehören die seit langer Zeit von der
F.D.P. geforderten Sozialstationen mit einer funktionierenden Hauskrankenpflege
und mit Krankenwohnungen, damit pflegebedürftige Angehörige, die ansonsten in
der Familie betreut werden, einmal kurzzeitig untergebracht werden können.
- Eine Krankenhausbedarfsplanung darf nicht ohne Berücksichtigung von exakten
statistischen Grundlagen über die Häufigkeit und Verteilung der Erkrankungen er-
folgen. Notwendige gut ausgestattete Krankenhäuser im Einzugsgebiet der Patien-
ten sollen nicht geschlossen, eine Kahlschlagsanierung muß vermieden werden. Die
Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser ist durch modifizierte Belegabteilungen, wenn
einzelne medizinische Fachrichtungen sonst am Krankenhaus nicht vertreten wären,
zu verbessern.
- Ausbildung und Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals müssen auch mit dem Ziel
einer humaneren Patientenbetreuung verbessert werden. Dazu gehört, daß mehr aus-
gebildete Pflegekräfte zur Besetzung der vorhandenen Planstellen zur Verfügung
stehen.
- Im Landeskrankenhausgesetz ist ein Patientenführsprecher vorzusehen, der die Inter-
essen der Patienten gegenüber dem Krankenhaus vertritt.
- Auf Kinderstationen ist die Möglichkeit des Aufenthalts von Eltern im Krankenzim-
mer bei Tag und Nacht zu schaffen.

Kinder, Jugend und Familie

Familie ist für die Liberalen nicht allein die traditionelle Familienform, sondern auch
jedes Zusammenleben eines oder mehrerer Erwachsener mit einem oder mehreren Kin-
dern, um sie zu erziehen. Sie beruht auf Dauer und Partnerschaft. Familienpolitik in
unserer Gesellschaft muß daher familienfördernde Initiativen unterstützen, familien-
ergänzende Angebote bereithalten, auch solche mit eigenständigem Erziehungs- und Bil-
dungsauftrag (Kindertagesstätte, Schule) und den Familien dort helfen, wo Eltern oder
Kinder Hilfe brauchen oder wünschen, darf aber nicht die Familie ersetzen.

Die Bekämpfung von Suchtgefahren und Suchtkrankheiten kann nur in und mit der Ge-
sellschaft, nicht aber durch Kriminalisierung und Ausnutzung von Ängsten erfolgen.
Deshalb fordert die F.D.P.:

- Die Wiederbelebung und vielfältige – auch angemessene finanzielle Unterstützung –
von Eltern-Kind-Gruppen und ähnlichen privaten Initiativen (Miniclubs etc.), auch

wenn diese den Anforderungen von Kindertagesstätten nicht völlig gerecht werden können (Gruppengrößen, Öffnungszeiten), und die Bereitstellung von Wohnraum für Klein-Kindertagesstätten werden zur Beseitigung der unerträglichen Wartelisten im Kindergartenbereich beitragen.

- Das ständige Zusammensein von Müttern mit ihren neugeborenen Kindern muß in allen Entbindungsstationen ermöglicht werden, ebenso auch die Förderung der natürlichen Ernährung durch intensive Beratung.
- Hoftrennwände sollten abgerissen werden, um größere Flächen für Erholung und Kinderspielplätze zu schaffen.
- Die staatlichen Jugendfreizeitheime sind auf freie, selbstverwaltende Träger zu übertragen.
- Die Vergabe von Wohnberechtigungsscheinen an Jugendwohngemeinschaften ist sofort und generell zu ermöglichen, da diese zur Verbesserung der Wohnsituation im Jugendbereich beitragen, und als Alternative zur Heimerziehung ebenso wichtig sind wie zur Wiedereingliederung jugendlicher Straftäter.

Schule

Die Berliner F.D.P. tritt für die offene und humane Schule ein. Die zukunftsorientierte liberale Schulpolitik muß fortgesetzt werden. Das setzt voraus, daß der vorhandene Etat an Sach- und Personalmitteln trotz abnehmender Schülerzahlen sichergestellt und konsequent für die innere Reform des Bildungssystems eingesetzt wird.

Liberale wollen eine humane, angstfreie Schule, die alle Anlagen und Neigungen des Kindes, auch musische, kreative und sportliche gleichmäßig fördert. Deshalb fordert die Berliner F.D.P.:

- Die Vergrößerung des Angebots an Vorklassen und Eingangsstufen.
- Die Bildung kleiner Lerngruppen (15er Frequenz) in der Grundschule hat sich bewährt; sie muß in der 2. Klasse fortgesetzt und für die gesamte Lernorganisation der Grundschule stärker bestimmt werden.
- Die weitere Entwicklung der Gesamtschule, insbesondere Verbesserung der sozialen Organisation durch überschaubare und stabile Lerngruppen und Reduzierung der Schülerzahlen.
- Das Gymnasium muß sich der veränderten Schülerschaft stellen und Formen der Förderung und Differenzierung entwickeln.
- Bei der Fortentwicklung der Gesamtschule als der Regelschule in Berlin ist den Schülern Gelegenheit zu geben, auf die Lerngestaltung Einfluß zu nehmen.
- Die Reform der gymnasialen Oberstufe muß überdacht und stärkere berufliche und soziale Bezüge müssen hergestellt werden.
- Die Reform der beruflichen Bildung im Lande Berlin muß zügig fortgesetzt werden. Dazu gehört die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres und ein zweiter Berufsschultag für alle Berufsfelder.
- Die Schule muß mehr Möglichkeiten für eigenverantwortliche Entscheidungen erhalten.
- Die Schule muß sich öffnen für die Probleme und Konflikte des jeweiligen Stadtquartiers und entsprechende Anregungen aufnehmen. Sie soll dabei mit den freien Trägern zusammenarbeiten. Die Schüler sollen insbesondere die Wohnbedingungen, die ökologische Situation und die Probleme der Ausländer kennenlernen und zum

Gegenstand schulischer Projekte machen.

- Schulen in freier Trägerschaft sind oft pädagogische Herausforderungen der öffentlichen Schulen. Sie sind verstärkt zu unterstützen.
- Es ist die Einbeziehung von Behinderten in die normale Schule sowie wie möglich und parallel dazu ein Abbau von Sonderschulen anzustreben.

Hochschule

Ab Mitte der achtziger Jahre wird der starke Ansturm von Studenten auf die Hochschulen wahrscheinlich nachlassen. Dann werden die Hochschulen zusätzliche Funktionen zu übernehmen haben. Deshalb fordert die F.D.P.:

- Um eine weitergehende Bildungsleistung der Hochschulen zu erreichen, sind systematische Weiterbildungs- und Kontaktstudienlehrgänge zu erarbeiten, die auch für Berufstätige ohne Abitur offen sein müssen.
- Die Fachhochschulen sollen in der Form „paralleler Gesamthochschulfachbereiche“ in die Universitäten integriert werden.
- Das Wissenschaftliche Landesprüfungsamt darf nicht länger Ort des Konflikts zwischen Staat und Hochschule auf dem Rücken der Studenten sein. Die F.D.P. fordert daher eine Änderung des Lehrerbildungsgesetzes mit dem Ziel einer Strukturreform des Wissenschaftlichen Landesprüfungsamtes.
- Damit die Hochschulen ihre Aufgaben in Forschung, Lehre und Weiterbildung auch in Zukunft erfüllen können, ist die Situation der wissenschaftlichen Mitarbeiter zu verbessern. Sie dürfen nicht schlechter gestellt werden als in anderen Bundesländern und nicht zur Manövriermasse der Haushaltspolitik werden. Ihnen ist Gelegenheit zu eigener Forschungstätigkeit im Rahmen ihres Dienstes zu geben.

Kultur

Die kulturelle Betätigung wird für die Lebensgestaltung der Bürger immer wichtiger. Die kulturelle Entwicklung darf nicht auf repräsentative Aufgaben verengt werden. Die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten für Berliner Künstler hat Vorrang. Die Förderung freier kultureller Gruppen muß ein Schwerpunkt der Kulturpolitik der nächsten Jahre werden. Der Kulturhaushalt darf nicht Lückenbüßer bei der Bewältigung von Haushaltsdefiziten sein. Deshalb fordert die F.D.P.:

- Der Staat soll die kulturelle Entwicklung fördern, aber nicht bevormunden. Der Staat muß sich noch mehr als bisher aus den kulturellen Inhalten heraushalten.
- Vielfältige kulturelle Angebote müssen vor Ort, in den Bezirken, geschaffen werden. Dezentrale Kultur- und Kommunikationszentren – in freier Trägerschaft ohne staatliche Gängelung – geben den Bürgern neue Chancen kultureller Entfaltung und den Künstlern neue Arbeitsmöglichkeiten.
- Die Musikschulen sind ein wichtiges Instrument dezentraler Kulturarbeit. Sie müssen grundlegend reformiert werden mit dem Ziel, ein eigenständiges Kulturinstitut nach dem Standard der Musikschulen im übrigen Bundesgebiet zu schaffen.
- Die Filmförderung muß mehr als bisher kulturelle Aspekte berücksichtigen. Das Delphi-Kino soll zum Berliner Filmhaus ausgebaut werden.

- Die Leistungsfähigkeit der staatlichen Kultureinrichtungen (Oper, Staatstheater etc.) muß durch eine Strukturreform verbessert werden: effizientes Management wie Wirtschaftsunternehmen, Befreiung von der Kameralistik.
- Der Landeskonservator kann seine wichtigen Aufgaben gegenwärtig in der Bauverwaltung nur ungenügend erfüllen. Deshalb ist die Gründung eines selbständigen Landesamtes für Denkmalpflege notwendig.

Sport

Das Bedürfnis nach sportlicher Betätigung in der Bevölkerung wächst weiter. Gerade im engen Raum Berlins stößt diese Entwicklung zunehmend auf Schwierigkeiten. Deshalb fordert die F.D.P.:

- Die Sportstätten sind noch mehr als bisher für den Freizeit- und Breitensport zu erschließen. Das ist zu erreichen durch Verlängerung der Öffnungszeiten sowie durch relativ geringfügige Investitionen (z. B. Beleuchtungsanlagen) an den Sportstätten.
- Auch die vereinsungebundene Bevölkerung muß die Möglichkeit zu sportlicher Betätigung haben. Solche Vereine, die Angebote für Nichtmitglieder unterbreiten, sind darin besonders zu unterstützen.
- Die Beteiligung Berliner Sportler am innerdeutschen Sportverkehr sowie ihre Integration in den bundesdeutschen Sport sind für Berlin von besonderer Wichtigkeit und vorrangig zu pflegen.

Hörfunk und Fernsehen

Hörfunk und Fernsehen stehen immer stärker unter dem Druck unzulässiger politischer Einflußnahmen. Im Interesse des Bürgers muß der Rundfunk eine unabhängige und zuverlässige Informationsquelle sein. Deshalb fordert die F.D.P.:

- Die Unabhängigkeit des SFB von staatlichen Stellen und politischen Parteien ist wirksamer als bisher gesetzlich zu sichern.
- Hörfunk und Fernsehen sind eine Angelegenheit aller Bürger. Bürgervertreter sollen ihre Erfahrungen und Kenntnisse unmittelbar im Rundfunkrat des SFB vertreten können. Eine Bürgerbank im Rundfunkrat soll die Kontrolle des Rundfunks durch Vertreter der gesellschaftlichen Gruppen ergänzen. Die Auswahl der Bürgervertreter kann zum Beispiel nach dem Schöffenzusatzprinzip erfolgen.
- Die F.D.P. lehnt kommerziellen Rundfunk und kommerzielles Fernsehen ab.

Innenpolitik

Der soziale Rechtsstaat bildet die Grundlage für unser gesellschaftliches Handeln. Aber der Staat muß an den Interessen der Bürger orientiert sein und darf nicht zum allmächtigen „großen Bruder“ werden. Statt des gläsernen Menschen muß es die gläserne Behörde geben. Deshalb fordert die F.D.P.:

- Datenschutz ist Bürgerschutz. Der Schutz der persönlichen Daten jedes einzelnen ist so auszubauen und wirksam zu garantieren, daß jeder Mißbrauch ausgeschlossen ist.
- Der Staat muß nicht alles über seine Bürger wissen. Die Bürger aber müssen Einblick in alle sie interessierenden Vorgänge der Verwaltung erhalten. Deshalb ist ein Informationsfreiheitsgesetz erforderlich, das es in anderen Demokratien längst gibt.

- Das Verhältnis zwischen den Bürgern und der Polizei ist auf eine vertrauensvollere Basis zu stellen. Hierzu leistet eine Kennzeichnung der Polizisten mit Namens- oder Nummernschildern einen wertvollen Beitrag. Der Bürger will wissen, wer sein Schutzmann ist.
- Die Berliner Verwaltung ist strukturbedingt in vielen Bereichen ineffektiv. Die F.D.P. fordert deshalb eine Neuordnung und Straffung insbesondere in den Bereichen der Bauverwaltung, der Gesundheitsverwaltung und der Schulverwaltung. Das Ausufern der reinen Verwaltungsbereiche ist zu stoppen. Neue Stellen dürfen nur noch in den Bereichen geschaffen werden, die direkte Dienstleistungen für den Bürger erbringen.

Bezirke

Politik und Verwaltung begegnen dem Bürger häufig zuerst im Bezirk. Die Zuständigkeiten und Entscheidungen in den Rathäusern sind für ihn jedoch undurchschaubar. Deshalb fordert die F.D.P.:

- Den Bezirken sind vollständige Aufgabengebiete (z. B. Sanierung) zu übertragen, die sie in Eigenverantwortung wahrnehmen. Andere Aufgaben wieder sollen in die alleinige Zuständigkeit des Senats gehen. Der Bürger muß wissen, wer wo Verantwortung trägt.
- Kommunale Probleme sollen die Bezirke auch finanziell lösen und dafür das volle Deckungsrisiko tragen.
- In jedem Bezirk ist die Zahl der Stadträte um mindestens zwei zu verringern.
- Die Bezirksämter sollen nach dem freien Mehrheitswillen der Bezirksverordnetenversammlungen gebildet werden. Die gesetzliche Absicherung der schwarz/roten Koalitionen in den Rathäusern ist zu beseitigen.
- Regelmäßige Bürgerfragestunden in den Bezirksverordnetenversammlungen sollen jedem Einwohner des Bezirks die Möglichkeit geben, Anfragen an das Bezirksamt zu richten.

Wirtschaftspolitik

Die liberale Wirtschaftspolitik hat zu einer Stabilisierung der Zahl der Arbeitsplätze geführt. Qualifizierte und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze müssen in den nächsten Jahren unter schwierigen Bedingungen gesichert und neu geschaffen werden. Das erfordert Vorrang für eine konsequente Fortsetzung liberaler Wirtschaftspolitik. Die Liberalen setzen auf eine Stärkung der Innovations- und Leistungsfähigkeit der Berliner Unternehmen im überregionalen Wettbewerb. Zusätzliche Subventionen sind unbezahlbar und zudem auf Dauer nicht wirksam. Deshalb fordert die F.D.P.:

- Die Kontinuität der Berlinförderung muß gewahrt bleiben. Berechenbarkeit der Förderung und Vertrauensschutz sind wesentliche Voraussetzungen für den Erfolg. Anpassungen an veränderte Bedingungen und Korrekturen von Fehlentwicklungen müssen vor allem unter dem Gesichtspunkt der Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze durchgesetzt werden. Ein deutlicher Förderungsvorsprung vor anderen Regionen ist weiterhin erforderlich.

- Die Wirtschaftskraft der Stadt und die Sicherheit der Arbeitsplätze können ohne die kleinen und mittleren Unternehmen nicht gewährleistet werden. Die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen ist deshalb ein Schwerpunkt liberaler Wirtschaftspolitik.
- Wirtschaftliche Scheinaktivitäten, die nur auf eine Ausnutzung von Förderungsmöglichkeiten gerichtet sind, ohne daß eine dauerhafte wirtschaftliche Leistung angestrebt wird, müssen im Interesse der Glaubwürdigkeit der Berlinförderung unterbunden werden.
- Die F.D.P. fordert, daß Anträge auf verlängerte Ladenöffnungszeiten großzügiger vom Senator für Arbeit und Soziales bewilligt werden und die Bekanntmachung über die Ausnahmegenehmigungen erfolgt. Darüber hinaus strebt die F.D.P. an, in Berlin einen Modellversuch mit flexiblen Ladenschlußzeiten durchzuführen. Es ist zu gewährleisten, daß die 40-Stundenwoche eingehalten wird.
- Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hat hohe Priorität. Durch überbetriebliche Ausbildungsstätten sind hinreichend qualifizierte Ausbildungsangebote, auch für ausländische Jugendliche, zu schaffen.
- Die wirtschaftlichen Beziehungen zur DDR müssen ausgebaut werden.

Arbeitsplatzgestaltung

Die Arbeitsplätze sind human zu gestalten und die Arbeitnehmer demokratisch an den Entscheidungen zu beteiligen. Deshalb fordert die F.D.P.:

- Durch die Urwahl der Arbeitnehmervertreter in den Verwaltungsräten der Eigenbetriebe ist eine echte Mitbestimmung an den betrieblichen und unternehmerischen Entscheidungen zu sichern.
- Rationalisierung kann Arbeitsplätze bedrohen. Deshalb sind umfassende Rationalisierungsmaßnahmen der Mitbestimmung der betroffenen Arbeitnehmer zu unterwerfen.
- Die Bestimmungen über die Gestaltung der Arbeitsplätze und der Pausen- und Ruheräume gelten nicht überall im öffentlichen Bereich. Mancher Unmut über fehlende Bürgernähe der Verwaltung rührt auch von der unzulänglichen humanen Gestaltung der Arbeitsbedingungen her.
- Die Abgabe für Schwerbehinderte ist von DM 100,- auf DM 500,- anzuheben.
- Die Mitbestimmung ist auch auf die Mitarbeiter der Kirchen und ihrer nachgeordneten Einrichtungen sowie der Parteien und Gewerkschaften in vollem Umfang auszuweiten.
- Arbeitsplatz und Arbeitszeit müssen so geregelt werden, daß sie leichter mit den Anforderungen der Familie in Einklang zu bringen sind.

Ausländer

Aus „Gastarbeitern“, die wir zur Wahrung unseres Wohlstandes gerufen haben, sind Einwohner geworden. Die F.D.P. wird sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß aus dem kulturellen Nebeneinander keine Gesellschaft mit kolonialem Charakter, mit Bürgern erster und zweiter Klasse, entsteht. Deshalb fordert die F.D.P.:

- Die F.D.P. tritt für Beibehaltung des Anwerbestops ein. Aber zugewanderte Auslän-

der mit Aufenthaltserlaubnis müssen bei Berufs- und Arbeitsplatzwahl die gleichen Rechte und Chancen haben wie Deutsche.

- Die F.D.P. hält die bisherigen Maßnahmen zur Entballung der „Ausländerbezirke“ für völlig unzureichend. Die F.D.P. setzt sich für verstärkte Instandsetzung und Modernisierung der Wohnungen in den Ballungsbezirken ein, um die Situation der dort lebenden Deutschen und Ausländer zu verbessern.
- Prinzipiell sollen alle Berliner Kinder, gleich welcher Herkunft, gemeinsam unterrichtet werden. Angebote in den Muttersprachen und vor allem Curricula über Geschichte und Kultur der Mittelmeerländer sind in den Berliner Lehrplan aufzunehmen. Um die Schulprobleme mit den ausländischen Kindern zu verringern, sollte ihr Kindergarten- und Vorschulbesuch gefördert werden.
- Für ausländische Mitbürger, die länger als fünf Jahre hier leben, fordern wir das aktive und passive Wahlrecht in den Bezirken.
- Die dritte Novelle zur Beschleunigung des Asylverfahrens ist zu verhindern.

Gleichberechtigung

Das Grundgesetz fordert seit über dreißig Jahren die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Trotzdem gilt noch nicht überall gleiches Recht und von einer tatsächlichen Gleichstellung der Frau sind wir weit entfernt. Hier hilft auch nicht einfach eine gesetzliche Anordnung, sondern die Verwirklichung rechtlicher und tatsächlicher Gleichstellung kann nur das Ergebnis aufeinander abgestimmter Gleichberechtigungsvorschriften, bewußtseinsbildender Maßnahmen sowie der Bereitstellung tatsächlicher Hilfen sein. Deshalb fordert die F.D.P.:

- Ein Antidiskriminierungsgesetz ist durchzusetzen.
- Eine zu schaffende Gleichberechtigungsstelle mit wirksamen Kompetenzen muß die immer noch bestehende Benachteiligung der Frauen in Beruf, Politik, Medien, Werbung, Stellenausschreibung, Bildung, sozialer Sicherung beseitigen.
- Die Abtreibungsvorschrift des § 218 Strafgesetzbuch ist zu streichen.
- Die steigende Anwendung von Gewalt gegen Frauen, besonders auch in der Ehe, ist durch eine wirksame Ausgestaltung des strafrechtlichen Schutzes zu bekämpfen.
- Die Finanzierung der Frauenhäuser durch öffentliche Zuwendungen anstatt durch individuelle Unterstützung der betroffenen Frauen ist nachhaltig sicherzustellen. Die Frauenhäuser müssen eine umfassende soziale Ausstattung erhalten und mit neu zu entwickelnden, im wesentlichen auf Selbsthilfe aufbauenden Vor- und Nachsorgeeinrichtungen ergänzt werden.
- Die Selbsthilfegruppen von und für Frauen bedürfen der staatlichen Unterstützung, nicht der Gängelung. Die Selbstverwaltung gerade dieser freien Gruppen ist die Voraussetzung für ihre erfolgreiche Arbeit.

Homosexuelle

Die von der F.D.P. durchgesetzte Liberalisierung des Strafrechts hat den größten Druck von unseren homosexuellen Mitbürgern genommen. Dennoch werden sie im beruflichen und öffentlichen Leben nach wie vor diskriminiert. Deshalb fordert die F.D.P.:

- Selbstverwaltete Informations- und Beratungszentren für Homosexuelle sollen Hilfen für die Betroffenen bereitstellen und ein aufgeklärtes Verständnis in der Öffentlichkeit erzielen.

- Homosexuelle sind von den Nazis verfolgt worden. Sie sind ebenso wie andere Minderheiten bisher bei der Entschädigung für das ihnen angetane Unrecht nicht einbezogen worden. Die hierin liegende Diskriminierung muß beendet werden.
- Zur rechtlichen Gleichstellung der Homosexuellen ist der § 175 StGB zu streichen.

Deutschlandpolitik

Mit der von der F.D.P. vorangetriebenen erfolgreichen Entspannungspolitik wurden das Viermächte-Abkommen und der Grundlagenvertrag möglich. Sie haben die Sicherheit und die Lebensfähigkeit von Berlin (West) gestärkt und das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander verbessert. Die F.D.P. fordert von allen Beteiligten, diese Abkommen strikt einzuhalten und voll anzuwenden.

Aktive Berlin- und Deutschlandpolitik bedeutet daher auch heute, unter erschwerten weltpolitischen Bedingungen unbeirrte Fortsetzung der Vertrags- und Entspannungspolitik mit der DDR, die von Bundesregierung und Senat mit den Westalliierten gemeinsam getragen wird.

Gefordert ist eine Politik mit Augenmaß, die nicht übersieht, daß die DDR ein realer Staat ist mit eigenen Interessen und festen Bindungen an ein uns entgegenstehendes Bündnissystem.

Die Einheit der Nation ist in erster Linie eine Frage des Willens, die Nation und die Zusammengehörigkeit auch tatsächlich unter erschwerten Bedingungen vernünftig zu praktizieren.

Das erfordert eine realistische Politik der Entspannung und Friedenssicherung. Erst diese ermöglicht praktische Politik für Berlin. Hier fordert die F.D.P., vorrangig Verhandlungen über folgende Punkte zu führen:

- Die Erhöhung und Erweiterung des Pflichtumtausches durch die DDR muß wieder rückgängig gemacht werden.
- Die S-Bahn ist in einen West-Berliner Verkehrsverbund einzubeziehen.
- Der Übergang Staaken ist für den Transitverkehr in das Bundesgebiet weiterhin offenzuhalten.
- Der Grenzübergang Waltersdorfer Chaussee ist für den Transitverkehr und die Anbindung an den Berliner Ring der Autobahn zu öffnen.
- Berlin (West) ist an einen überregionalen Energieverbund anzubinden.
- Es ist eine gemeinsame Umweltschutzpolitik beider deutscher Staaten unter Einbeziehung von Berlin (West) zu entwickeln.
- Der Vertrag über das Schöneberger Südgelände ist insbesondere im Hinblick auf eine Reduzierung der vorgesehenen Baumaßnahme neu zu verhandeln, da sich die Ausgangstatbestände durch den Wegfall der Westtangente und die Schließung von Güterbahnhöfen geändert haben.
- Die Anzahl der Luftkorridore ist für Zivilmaschinen zu erhöhen.
- Überflugrechte auch für nichtalliierte Fluggesellschaften sind einzuräumen.

Ältere Mitbürger

Auch ältere Mitbürger haben das Recht, ihr Leben nach eigenen Vorstellungen frei zu gestalten. Deshalb fordert die F.D.P.:

- Maßnahmen, die älteren Mitbürgern das Leben in ihren eigenen Wohnungen ermöglichen, sind unter anderem durch Sozialstationen zu fördern.
- Ältere Mitbürger, die wegen unvermeidlichem Abriß ihre Wohnung räumen müssen, sollen vorrangig Ersatz in ihrer gewohnten Umgebung erhalten.
- Die Einhaltung des Heimgesetzes muß durch den Senat erheblich besser überwacht werden.
- In Berlin sollen Altenräte als Interessenvertreter der älteren Mitbürger gewählt werden, wie sie sich in anderen Städten schon bewährt haben.

Behinderte

Die soziale und gesellschaftliche Situation der Behinderten ist dringend verbesserungsbedürftig. Deshalb fordert die F.D.P.:

- Die Öffentlichkeitsarbeit zugunsten behinderter Mitbürger ist zu verstärken, um das Problembewußtsein für diesen Personenkreis in Staat und Gesellschaft zu fördern.
- Der Beauftragte für Behinderte soll, gleich dem Berliner Datenschutzbeauftragten, beim Präsidenten des Abgeordnetenhauses eingestellt werden.
- Der Senat soll eine mittelfristige Bau- und Finanzplanung aufstellen zur
 - a) Absenkung von Gehwegschwellen an Fußgängerüberwegen
 - b) zum Bau von behindertengerechten Eingängen von öffentlichen Verwaltungen, BVG-Einrichtungen und Postämtern
 - c) zur Errichtung von Behindertentelefonen und öffentlichen Behindertentoiletten.
- Für Gehörlose ist ein Gehörlosenpflegegeld, ähnlich dem Pflegegeld für Blinde vorzusehen.

Berufstätige Mütter

Es müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um die schwierige Situation der berufstätigen alleinstehenden kinderreichen Mütter zu lindern.

Koalitionsaussage

Diese Forderungen der Liberalen will die F.D.P. in ein neues Regierungsprogramm einbringen. Die Entscheidung der Wähler für eine starke F.D.P. ist dafür notwendig. Berlin darf nicht von einer Partei allein regiert werden. Alleinherrschaft begründet Mißstände und Übermut.

Grundsätzlich können alle Parteien miteinander koalieren. Für die Wahlen am 10. Mai gilt:

Die Berliner F.D.P. kämpft für die Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition durch den Senat Vogel/Brunner. Die F.D.P. wird die sozial-liberale Koalition erneuern, wenn sichergestellt wird, daß die liberalen Programmpunkte verwirklicht werden. Sollte das nicht gelingen, so ist die F.D.P. auch bereit, den Weg in die parlamentarische Opposition zu gehen.